

Bundesgesetzblatt ²⁵⁷

Teil II

Z 1998 A

1982

Ausgegeben zu Bonn am 19. März 1982

Nr. 12

Tag	Inhalt	Seite
15. 3. 82	Fünfte Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 neu: 793-10-5-2; 793-10-5	258
10. 2. 82	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Botsuana über Finanzielle Zusammenarbeit	262
19. 2. 82	Bekanntmachung des Zweiten Zusatzübereinkommens zu dem deutsch-französischen Abkommen über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors und zu dessen Ergänzungsabkommen	263
2. 3. 82	Bekanntmachung der Änderungen der Satzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen	266
2. 3. 82	Bekanntmachung des Protokolls zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Finanzielle Zusammenarbeit	268
2. 3. 82	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Paraguay über Finanzielle Zusammenarbeit	269
2. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls von 1979 zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen	271
3. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen	271
4. 3. 82	Bekanntmachung über Benutzergebühren nach dem Internationalen Übereinkommen über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“	272
4. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Fernmeldevertrages	276
4. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Auszüge aus Personenstandsbüchern	276
8. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Protokolle zur sechsten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 und zur ersten Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1980	277
8. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Interamerikanischen Entwicklungsbank	278
9. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	278
9. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen	278
10. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife	279
10. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die zivilrechtliche Haftung bei der Beförderung von Kernmaterial auf See	279

Fünfte Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971

Vom 15. März 1982

Auf Grund des Artikels 3 Satz 1 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 vom 25. August 1971 (BGBl. II S. 1057), der durch Artikel 2 Nr. 2 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1976 vom 10. September 1976 (BGBl. II S. 1542) neu gefaßt worden ist, wird verordnet:

§ 1

Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt, soweit in den Absätzen 2 und 3 nichts anderes bestimmt ist, für den Fang und das Anlanden von Fischen und ähnlichen biologischen Meeresschätzen durch Fischereifahrzeuge, die berechtigt sind, die Bundesflagge zu führen, in sämtlichen Meeressgewässern, die in Fischereianglegenheiten der Rechtshoheit oder Gerichtsbarkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterstehen, ausgenommen im Mittelmeer, in der Ostsee und den Belten.

(2) Die §§ 3 und 6 Nr. 2 gelten auch für den Fang durch Fischereifahrzeuge, die nicht berechtigt sind, die Bundesflagge zu führen, in dem Teil der Nordsee, in dem die Bundesrepublik Deutschland hoheitliche Rechte zum Zwecke der Erhaltung und Nutzung der Fischbestände ausübt.

(3) Die §§ 4, 5 und 6 Nr. 3 und 4 gelten auch für den Fang in anderen als in Absatz 1 bezeichneten Meeressgewässern und das Anlanden solcher Fänge sowie bei Anlandung in der Bundesrepublik Deutschland auch für den Fang und das Anlanden durch Fischereifahrzeuge, die berechtigt sind, die Flagge eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu führen.

§ 2

Fangerlaubnis

(1) Der Fang der in Anlage 1 bezeichneten Fischarten in den dort bezeichneten Gebieten sowie der Beifang von Heringen bedürfen der Erlaubnis des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Die Erlaubnis kann unter Berücksichtigung der in den einzelnen Gebieten für die Fischereifahrzeuge der Bundesrepublik Deutschland vorgesehenen Fangquoten auf einen bestimmten Umfang der Fischereitätigkeit, insbesondere auf bestimmte Fangmengen, Gebiete und Zeitabschnitte, beschränkt werden.

(2) Die Erlaubnis kann als „Allgemeine Fangerlaubnis“ erteilt werden. Nach Erschöpfung der Fangquote wird die „Allgemeine Fangerlaubnis“ widerrufen. Die Erteilung und der Widerruf werden im Bundesanzeiger bekanntgegeben.

(3) Soweit in anderer Weise Fangerlaubnisse erteilt werden, sollen die Voraussetzungen für die Antragstellung im Bundesanzeiger bekanntgegeben werden.

§ 3

Technische Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände

(1) Folgende Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 2527/80 des Rates vom 30. September 1980 über technische Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände (ABl. EG Nr. L 258 S. 1) gelten als Bestandteil dieser Verordnung:

Artikel 1,
Artikel 2 Abs. 1,
Artikel 3 Abs. 1 und 4,
Artikel 4 Abs. 1,
Artikel 5 Satz 1,
Artikel 7 Satz 1,
Artikel 8 Abs. 1 Unterabs. 1 und 4 Satz 1, Abs. 2 bis 4,
Artikel 9,
Artikel 10,
Artikel 11 Abs. 1 bis 4,
Artikel 12,
Artikel 13 Nr. 1 und 2 Satz 1,
Artikel 14,
Artikel 15 Abs. 1 und 3,
Artikel 16 sowie
Anhänge I bis VII.

(2) Artikel 5 Satz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2527/80 ist in folgender Fassung anzuwenden:

„Schleppnetze, Zugnetze oder ähnliche Netze mit engen Maschen als 80 mm dürfen für den gezielten Fang von Seehecht in der Region 2 (ausgenommen Skagerrak und Kattegat) und der Region 3 nicht verwendet werden.“

(3) Unter „TAC“ im Sinne von Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2527/80 ist die zulässige Gesamtfangmenge zu verstehen.

§ 4

Meldepflichten

(1) Soweit nicht das gemeinschaftliche Fischereirecht etwas anderes vorschreibt, ist der Kapitän des Fischereifahrzeuges oder sein Vertreter verpflichtet, nach jeder Fahrt bei der Anlandung für jede in Anlage 1 bezeichnete Fischart die angelandeten Mengen, die seit seiner letzten Meldung getätigten Fänge sowie Zeit und Ort dieser Fänge der zuständigen Behörde zu melden.

(2) Wird der Fang nicht innerhalb von 15 Tagen angelandet, sind die nach Absatz 1 vorgeschriebenen Angaben spätestens 15 Tage nach dem Fang über Funk zu melden.

(3) Werden die Fänge einer in Anlage 1 bezeichneten Fischart unmittelbar außerhalb eines Mitgliedstaates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angelandet oder auf ein anderes Schiff zum Zwecke der Anlandung

außerhalb der Gemeinschaft umgeladen, so sind die nach Absatz 1 vorgeschriebenen Angaben bei dem nächsten Anlaufen eines deutschen Hafens, spätestens jedoch 15 Tage nach dem Fang durch Funk, zu melden.

(4) Weitere Einzelheiten der vorgeschriebenen Meldungen und sonstige Aufzeichnungs-, Auskunfts- oder Anzeigepflichten können als Auflagen zu den Fangerelaubnissen nach § 2 Abs. 2 und 3 festgelegt werden.

(5) Auf Grund anderer Rechtsvorschriften geltende weitere Aufzeichnungs- und Meldepflichten bleiben unberührt.

§ 5

Verbindliche Anlandeorte

(1) Fische der in Anlage 1 bezeichneten Arten dürfen vorbehaltlich des Absatzes 2 in der Bundesrepublik Deutschland nur an den Orten angelandet werden, die in Anlage 2 aufgeführt sind.

(2) Hat ein Fischereifahrzeug seine Fänge herkömmlich an anderen Orten angelandet, so ist dies auch weiterhin zulässig.

§ 6

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des Artikels 6 Abs. 1 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. als Kapitän entgegen § 2 Abs. 1 ohne Erlaubnis Fische einer in Anlage 1 bezeichneten Fischart in dem dort bezeichneten Gebiet fängt,
2. als Kapitän entgegen § 3 in Verbindung mit
 - a) Artikel 2 Abs. 1, Artikel 3 Abs. 4 oder Artikel 5 Satz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2527/80 mit einem Netz fischt, dessen Maschen den vorgeschriebenen Anforderungen nicht entsprechen,
 - b) Artikel 7 Satz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2527/80 unzulässige Vorrichtungen benutzt,
 - c) aa) Artikel 10 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2527/80 Beifänge, die nach Artikel 8 Abs. 1 Unterabs. 1 oder 4 Satz 1, Abs. 3 oder 4 oder Artikel 9 Abs. 1 oder 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2527/80 unzulässig sind,
 - bb) Artikel 11 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2527/80 untermaßige Fische oder

cc) Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 2527/80 in den dort bezeichneten Gebieten gefangenen Lachs nicht rechtzeitig ins Meer zurückwirft,

d) Artikel 13 Nr. 1 oder 2 Satz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2527/80 Rotbarsch oder Hering fängt,

e) Artikel 14 Abs. 1, 2, 3 Unterabs. 1 oder 2 oder Abs. 4 oder Artikel 15 Abs. 1 oder 3 Satz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2527/80 unzulässige Fanggeräte verwendet oder

f) Artikel 14 Abs. 3 Unterabs. 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2527/80 mehr Seezunge oder Scholle als zulässig an Bord behält,

3. entgegen § 4 Abs. 1 bis 3 eine Meldung nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet oder
4. als Kapitän entgegen § 5 Abs. 1 Fische der in Anlage 1 bezeichneten Arten an einem nicht zugelassenen Anlandeort anlandet.

§ 7

Ausnahmen

Die Vorschriften dieser Verordnung gelten nicht für Fänge, die nur für wissenschaftliche Zwecke, für die Bestandsaufstockung oder die Bestandsumsiedlung von hierzu durch den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten oder durch die zuständige Dienststelle eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ermächtigten Fischereifahrzeugen vorgenommen werden, und nicht für bei dieser Gelegenheit gefangene Fische. Fische, die nach Satz 1 gefangen werden, dürfen weder verkauft noch zum Kauf angeboten werden.

§ 8

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 7 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 auch im Land Berlin.

§ 9

Inkrafttreten; abgelöste Vorschrift

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Fünfte Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 vom 27. Februar 1978 (BGBl. II S. 225), geändert durch die Verordnung vom 14. November 1979 (BGBl. II S. 1176), außer Kraft.

Bonn, den 15. März 1982

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
J. Ertl

Anlage 1

Fischarten, deren Fang der Erlaubnis bedarf

Fischarten	Gebiete *)						NAFO- Unterzonen	sonstige Gebiete
	ICES-Untergebiete							
Kabeljau	III a	IV	VI	VII	XIV		0, 1, 3 Ps	
Schellfisch	III a	IV	VI	VII				
Seelachs (Köhler)	III a	IV	VI	VII				
Wittling	III a	IV	VI	VII				
Scholle	III a	IV	VI a	VII	VIII			
Seezunge	III a	IV	VI a	VII	VIII			
Makrele	III a	IV	V b	VI	VII	VIII		
Sprotte	III a	IV						
Holzmakrele (Stöcker)	III a	IV	VI	VII	VIII			
Seehecht	III a	IV	VI	VII	VIII			
Anchovis	VIII							
Stintdorsch	III a	IV						
Blauer Wittling	IV	VI	VII	XIV				
Angler (Seeteufel)	VI	VII	VIII					
Flügelbutt (Scheefschnut)	VI	VII	VIII					
Sandaal	III a	IV	XIV				0, 1	
Rotbarsch	V	XIV					0, 1, 3 Ps	
Schwarzer Heilbutt	V	XIV					0, 1	
Heilbutt	XIV						0, 1	
Grenadier							0, 1	
Katfisch							0, 1	
Lodde	XIV						0, 1	
Hering	III a	IV	VI a	VII				
Garnelen							0, 1	{ Gewässer vor Französisch Guayana
Rauhe Scharbe (Amerikan. Scholle, Doggerscharbe)							3 Ps	
Rotzunge							3 Ps	
Kalmar							3 Ps	
Krake (Tintenfisch)							3 Ps	

*) Die Gebietsabgrenzungen ergeben sich

hinsichtlich der ICES-Untergebiete aus der Mitteilung der Kommission über die Beschreibung der Abgrenzung der ICES-Untergebiete und -bereiche, die für Fischereistatistiken und Verordnungen im Nordost-Atlantik benutzt werden (ABl. EG 1982 Nr. C 5 S. 2),

hinsichtlich der NAFO-Unterzonen aus der Verordnung (EWG) Nr. 3178/78 des Rates vom 28. Dezember 1978 über den Abschluß des Übereinkommens über die künftige multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fischerei im Nordwest-Atlantik durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. EG Nr. L 378 S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 654/81 des Rates vom 10. März 1981 (ABl. EG Nr. L 69 S. 1).

Anlage 2

Verzeichnis der verbindlichen Anlandeorte

Nordsee	Ostsee
Bremen	Kiel
Bremerhaven	Lübeck-Schlutup
Cuxhaven	Travemünde
Hamburg	Niendorf
Büsum	Neustadt
Emden	Burg/Fehmarn
Husum	Heiligenhafen
Spieka-Neufeld	Eckernförde
Glückstadt	Kappeln
Norddeich	Maasholm
List a. Sylt	Haffkrug
Tönning	Lübeck
Helgoland	Flensburg
Friedrichskoog	Grömitz
Pellworm	Timmendorfer Strand
Wremen	Großenbrode
Dorum	Schleswig
Borkum	
Greetsiel	
Neuharlingersiel	
Hooksiel	
Fedderwardsiel	
Varel	
Accumersiel	
Harlesiel	
Ditzum	

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Botsuana
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 10. Februar 1982

In Gaborone ist am 18. Dezember 1981 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Botsuana über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 18. Dezember 1981

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. Februar 1982

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Botsuana
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Botsuana –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Botsuana,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Botsuana beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Botsuana, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Central Transport Organisation (CTO II)“ einen Finanzierungsbeitrag bis zu 10 550 000,- DM (in Worten: zehn Millionen fünfhundertfünzigtausend Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Botsuana zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorberei-

tung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Central Transport Organisation Phase II“ von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages sowie die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrages zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Botsuana stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in Botsuana erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Botsuana überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Botsuana innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Gaborone am 18. Dezember 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Hans Hoffmann

Für die Regierung der Republik Botsuana
P. S. Mmusi

**Bekanntmachung
des Zweiten Zusatzübereinkommens zu dem deutsch-französischen Abkommen
über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors
und zu dessen Ergänzungsabkommen**

Vom 19. Februar 1982

In London ist am 9. Dezember 1981 ein Zweites Zusatzübereinkommen zu dem Abkommen vom 19. Januar 1967 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors (BGBl. 1967 II S. 2430) in der durch das Zusatzabkommen vom 6. Juli 1971 (BGBl. 1971 II S. 1089) geänderten und durch das Übereinkommen vom 19. Juli 1974 (BGBl. 1976 II S. 244) zwischen den genannten beiden Regierungen und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland über den Beitritt dieser Regierung zu dem Abkommen sowie durch das Zusatzübereinkommen vom 27. Juli 1976 (BGBl. 1977 II S. 80) zwischen den genannten drei Regierungen weiter geänderten Fassung unterzeichnet worden. Das Zweite Zusatzübereinkommen ist nach seinem Artikel 2

am 9. Dezember 1981

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 19. Februar 1982

**Der Bundesminister
für Forschung und Technologie
In Vertretung
Haunschild**

Zweites Zusatzübereinkommen
zu dem Abkommen vom 19. Januar 1967
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors
in der durch das Zusatzabkommen vom 6. Juli 1971 geänderten
und durch das Übereinkommen vom 19. Juli 1974
zwischen den genannten beiden Regierungen
und der Regierung des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland
über den Beitritt dieser Regierung zu dem Abkommen
sowie durch das Zusatzübereinkommen vom 27. Juli 1976
zwischen den genannten drei Regierungen
weiter geänderten Fassung

Deuxième avenant
à la Convention du 19 janvier 1967,
modifiée par l'Avenant du 6 juillet 1971
entre le Gouvernement de la République française
et le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne
sur la construction et l'exploitation d'un réacteur à très haut flux
et modifiée ultérieurement par l'Accord du 19 juillet 1974
entre les deux Gouvernements susmentionnés
et le gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord
relatif à l'adhésion de ce dernier Gouvernement à la Convention
et par l'Avenant du 27 juillet 1976
entre les trois Gouvernements susmentionnés

Second Protocol
to the Convention of 19 January 1967,
as amended by the Protocol of 6 July 1971,
between the Government of the French Republic
and the Government of the Federal Republic of Germany
on the Construction and Operation of a Very High Flux Reactor,
as further amended by the Agreement of 19 July 1974
between the above-mentioned two Governments
and the Government of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland
concerning that Government's Accession to the Convention,
and by the Protocol of 27 July 1976
between the above-mentioned three Governments

Die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland,
die Regierung
der Französischen Republik
und
die Regierung
des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland,

Le Gouvernement
de la République Française,
le Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne
et
le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord,

The Government
of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland,
the Government
of the French Republic
and
the Government
of the Federal Republic of Germany;

in der Erwägung, daß Artikel 2 Absatz 1 Satz 2 sowie Artikel 7 Satz 1 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors vom 19. Januar 1967 (im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) in der durch Artikel 3 Buchstabe b sowie Artikel 6 des Übereinkommens vom 19. Juli 1974 (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) zwischen den beiden genannten Regierungen und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland über den Beitritt dieser Regierung zu dem Abkommen geänderten Fassung angepaßt werden müssen, um die Nutzung der Investitionen für den Reaktor und seine Experimentiereinrichtungen auf eine gesicherte langfristige Grundlage zu stellen,

Considérant que les dispositions de la deuxième phrase du paragraphe 1 de l'Article 2 et la première phrase de l'Article 7 de la Convention du 19 janvier 1967 (ci-après dénommée «la Convention») entre le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne sur la construction et l'exploitation d'un réacteur à très haut flux, amendé par l'Article 3 (b) et l'Article 6 de l'Accord du 19 juillet 1974 (ci-après dénommé «l'Accord») entre les deux Gouvernements susmentionnés et le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, relatif à l'adhésion de ce dernier Gouvernement à la Convention, ont besoin d'être adaptées afin de placer l'utilisation des investissements pour le réacteur et ses installations expérimentales sur une base sûre et à long terme,

Considering that the provisions of the second sentence of paragraph 1 of Article 2 and the first sentence of Article 7 of the Convention of 19 January 1967 (hereinafter referred to as "the Convention") between the Government of the French Republic and the Government of the Federal Republic of Germany on the construction and operation of a Very High Flux Reactor, as amended by Article 3 (b) and Article 6 of the Agreement of 19 July 1974 (hereinafter referred to as "the Agreement") between the two above-mentioned Governments and the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland concerning that Government's accession to the Convention, need to be adapted to put the utilisation of the capital investment for the reactor and its experimental equipment on a secure long term basis;

sind wie folgt übereingekommen:

Sont convenus des dispositions suivantes:

Have agreed as follows:

Artikel 1

(1) Artikel 2 Absatz 1 Satz 2 des Abkommens in der durch Artikel 3 Buchstabe b des Übereinkommens geänderten Fassung wird wie folgt geändert:

Die Worte „Betriebskosten des Instituts“ werden durch die Worte „Kosten des Instituts“ ersetzt.

(2) Artikel 7 Satz 1 des Abkommens in der durch Artikel 6 des Übereinkommens geänderten Fassung wird wie folgt geändert:

Die Worte „der am 31. Dezember 1982 endet“ werden durch die Worte „der am 31. Dezember 1992 endet“ ersetzt.

Article 1

(1) La deuxième phrase du paragraphe 1 de l'Article 2 de la Convention, amendé par l'Article 3 (b) de l'Accord est modifiée ainsi qu'il suit:

Les mots «dépenses d'exploitation de l'Institut» sont remplacés par les mots «dépenses de l'Institut».

(2) La première phrase de l'Article 7 de la Convention, amendé par l'Article 6 de l'Accord est modifiée ainsi qu'il suit:

Les mots «expirant le 31 décembre 1982» sont remplacés par les mots «expirant le 31 décembre 1992».

Article 1

(1) The second sentence of paragraph 1 of Article 2 of the Convention as amended by Article 3 (b) of the Agreement shall be amended as follows:

The words "operating costs of the Institut" shall be replaced by the words "costs of the Institut".

(2) The first sentence of Article 7 of the Convention as amended by Article 6 of the Agreement shall be amended as follows:

The words "until 31 December 1982" shall be replaced by the words "until 31 December 1992".

Artikel 2

Dieses Zusatzübereinkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft. Es bleibt ebenso lange in Kraft wie das Abkommen in der durch Artikel 6 des Übereinkommens sowie Artikel 1 Absatz 2 dieses Zusatzübereinkommens geänderten Fassung.

Article 2

Le présent Avenant entrera en vigueur à la date de sa signature. Il demeurera en vigueur pour la même durée que la Convention modifiée par l'Article 6 de l'Accord et par le paragraphe 2 de l'Article 1 du présent Avenant.

Article 2

The present Protocol shall come into force on the date of its signature. It shall remain in force for the same period as the Convention as modified by Article 6 of the Agreement and paragraph 2 of Article 1 of the present Protocol.

Artikel 3

Dieses Zusatzübereinkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland innerhalb von drei Mona-

Article 3

Le présent Avenant s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Française et au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du

Article 3

This Protocol shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of the French Republic within

ten nach Inkrafttreten des Zusatzübereinkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Nord dans les trois mois qui suivront la date de l'entrée en vigueur du présent Avenant.

three months of the date of entry into force of this Protocol.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Vertreter der drei Regierungen dieses Zusatzübereinkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

En foi de quoi, les représentants des trois Gouvernements, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Avenant et y ont apposé leur sceaux.

In witness whereof, the representatives of the three Governments, duly authorised to this effect, have signed the present Protocol and have hereto affixed their seals.

Geschehen in London am 9. Dezember 1981 in drei Urschriften, jede in deutscher, französischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Fait à Londres le 9 décembre 1981 en triple exemplaire en langues allemande, française, anglaise chaque texte faisant également foi.

Done in triplicate at London this 9th day of December 1981 in the German, French and English languages, each text being equally authoritative.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:
Pour le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne:
For the Government of the Federal Republic of Germany:
Jürgen Ruhfus

Für die Regierung der Französischen Republik:
Pour le Gouvernement de la République Française:
For the Government of the French Republic:
E. de Margerie

Für die Regierung
des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland:
Pour le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:
For the Government
of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:
Trefgarne

**Bekanntmachung
der Änderungen der Satzung
der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
Vom 2. März 1982**

Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen hat nach Artikel XX der Satzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen vom 16. Oktober 1945 in der Fassung von 1971 (BGBl. 1971 II S. 1033), zuletzt geändert im November 1975 (BGBl. 1976 II S. 1470) in ihrer 19. Sitzung vom 12. November bis 1. Dezember 1977 die Änderung der Artikel V Abs. 1, Artikel VII Abs. 1 und 3 sowie Artikel XXII der Satzung beschlossen. Die geänderten Artikel werden nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. August 1976 (BGBl. II S. 1470).

Bonn, den 2. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Änderungen der Satzung
der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen**

(Übersetzung)

Article V**Council of the Organization**

1. A Council of the Organization consisting of forty-nine Member Nations shall be elected by the Conference. Each Member Nation on the Council shall have one representative and shall have only one vote. Each Member of the Council may appoint alternates, associates and advisers to its representative. The Council may determine the conditions for the participation of alternates, associates and advisers in its proceedings, but any such participation shall be without the right to vote, except in the case of an alternate, associate or adviser participating in the place of a representative. No representative may represent more than one Member of the Council. The tenure and other conditions of office of the Members of the Council shall be subject to rules made by the Conference.

Article VII**The Director-General**

1. There shall be a Director-General of the Organization who shall be appointed by the Conference for a term of six years. He shall be eligible for re-appointment.

3. Should the office of Director-General become vacant prior to the expiry of his term of office, the Conference shall, either at the next regular session or at a special session convened in accordance with Article III, paragraph 6 of this Constitution, appoint a Director-General in accordance with the provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article. However, the duration of the term of office of the Director-General appointed at a special session shall expire at the end of the year of the third regular session of the Conference following the date of his appointment.

Article XXII**Authentic texts of Constitution**

The Arabic, Chinese, English, French and Spanish texts of this Constitution shall be equally authoritative.

Article V**Conseil de l'Organisation**

1. La Conférence élit le Conseil de l'Organisation. Le Conseil se compose de quarante-neuf Etats Membres qui y délèguent chacun un représentant et ne disposent chacun que d'une voix. Chaque Membre du Conseil peut en outre faire accompagner son représentant de suppléants, d'adjoints et de conseillers. Le Conseil fixe les conditions dans lesquelles les suppléants, adjoints et conseillers participent aux débats; toutefois cette participation ne comporte pas le droit de vote, sauf dans le cas où un suppléant, un adjoint ou un conseiller remplace le représentant. Aucun représentant ne peut représenter plus d'un Membre du Conseil. Les règles relatives à la durée et aux autres conditions d'exercice du mandat des Membres du Conseil sont fixées par la Conférence.

Article VII**Le Directeur général**

1. L'Organisation a un Directeur général nommé par la Conférence pour un mandat de six ans. Il est rééligible.

3. Si le poste de Directeur général devient vacant avant l'expiration du mandat du titulaire, la Conférence, soit à sa session ordinaire suivante, soit à une session extraordinaire convoquée conformément aux dispositions du paragraphe 6 de l'Article III du présent Acte constitutif, nomme un Directeur général en conformité des dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent Article. Toutefois, la durée du mandat d'un Directeur général nommé lors d'une session extraordinaire expire à la fin de l'année durant laquelle se tient la troisième session ordinaire de la Conférence à compter de la date de sa nomination.

Article XXII**Textes authentiques de l'Acte constitutif**

Les textes anglais, arabe, chinois, espagnol et français de l'Acte constitutif font également foi.

Artikel V**Der Rat der Organisation**

(1) Die Konferenz wählt einen Rat der Organisation, der aus neunundvierzig Mitgliedstaaten besteht. Jeder dem Rat angehörende Mitgliedstaat entsendet einen Vertreter und verfügt über eine Stimme. Jedes Ratsmitglied kann seinem Vertreter Stellvertreter, Mitarbeiter und Berater begeben. Der Rat kann die Bedingungen für die Teilnahme der Stellvertreter, Mitarbeiter und Berater an seinen Verhandlungen festlegen; mit der Teilnahme ist jedoch kein Stimmrecht verbunden, es sei denn, daß ein Stellvertreter, Mitarbeiter oder Berater den Vertreter vertritt. Ein Vertreter darf nur ein Ratsmitglied vertreten. Die Dauer und die sonstigen Bedingungen des Mandats der Ratsmitglieder richten sich nach den von der Konferenz festgelegten Regeln.

Artikel VII**Der Generaldirektor**

(1) Der Generaldirektor der Organisation wird von der Konferenz für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt. Er kann wiederernannt werden.

(3) Sollte das Amt des Generaldirektors vor Ablauf seiner Amtszeit verfallen, so ernannt die Konferenz entweder auf der nächsten ordentlichen Tagung oder auf einer nach Artikel III Absatz 6 einberufenen außerordentlichen Tagung einen Generaldirektor im Einklang mit den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels. Die Amtszeit des auf einer außerordentlichen Tagung ernannten Generaldirektors läuft jedoch am Ende des Jahres ab, in dem die dritte ordentliche Tagung der Konferenz nach dem Zeitpunkt seiner Ernennung stattfindet.

Artikel XXII**Verbindliche Wortlaute der Satzung**

Der arabische, der chinesische, der englische, der französische und der spanische Wortlaut dieser Satzung sind gleichermaßen verbindlich.

**Bekanntmachung
des Protokolls zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 2. März 1982

In Brasilia ist am 12. Juni 1981 ein Protokoll zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Protokoll ist nach seinem Artikel 8

am 12. Juni 1981

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 2. März 1982

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Ehmann

**Protokoll
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Föderativen Republik Brasilien

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Protokolls ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Föderativen Republik Brasilien beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Föderativen Republik Brasilien oder anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmern, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Darlehen bis zur Höhe von insgesamt 56,74 Millionen DM (sechshundfünfzig Millionen siebenhundertvierzigtausend Deutsche Mark) gemäß den Absätzen 2 und 3 aufzunehmen.

(2) Aus dem in Absatz 1 genannten Gesamtdarlehensbetrag von 56,74 Millionen DM werden bis zu 10,9 Millionen DM für das Vorhaben „Hochwasserschutz Rio dos Sinos in Rio Grande do Sul“; bis zu 15,0 Millionen DM für das Vorhaben „Gesundheitswesen Staat Santa Catarina II“; bis zu 25,84 Millionen DM für das Vorhaben „Verbundsystem Nordost-Pará/Centrales Elétricas do Pará (CELPA)“ und bis zu 5,0 Millionen DM für das Vorhaben „Bewässerung Icó-Lima Campos/CE“ bereitgestellt.

(3) Die in Absatz 2 genannten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 2 und 3 genannten Darlehen sowie die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen den Darlehensnehmern und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Föderativen Republik Brasilien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 abzuschließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

In bezug auf Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge ist die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen fiskalischen Abgaben, die in der Föderativen Republik Brasilien entstehen könnten, befreit.

Artikel 4

Im Zusammenhang mit dem Transport von Passagieren und, soweit notwendig und unter vorheriger Abstimmung mit den zuständigen brasilianischen und deutschen Stellen, von Gütern:

- a) wird im Falle des Luftverkehrs die eine Vertragspartei die gleichberechtigte Beteiligung der regulären Verkehrsunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschließen noch erschweren und die für die Durchführung der genannten Transporte erforderlichen Genehmigungen erteilen, und
- b) gelten im Falle des Seeverkehrs die Bestimmungen des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über den Seeverkehr vom 4. April 1979 sowie des entsprechenden Zusatzprotokolls vom gleichen Datum.

Artikel 5

Lieferungen von Gütern und Leistungen für Vorhaben, die aus den Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Protokoll auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Föderativen Republik Brasilien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Protokolls eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Protokoll tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Brasilia am 12. Juni 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:
Franz Joachim Schoeller

Für die Regierung der Föderativen Republik Brasilien:
Guerreiro

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Paraguay
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 2. März 1982

In Asunción ist am 19. März 1981 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Paraguay über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 19. März 1981

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 2. März 1982

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Ehmann

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Paraguay
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Paraguay –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Paraguay,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Paraguay beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Paraguay, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Förderung der Gemeindeentwicklung durch das „Instituto de Desarrollo Municipal (IDM)“ ein Darlehen bis zu 4 Millionen DM (vier Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen.

Artikel 2

Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die Verträge, die zwischen der Republik Paraguay als Darlehensnehmer, dem Instituto de Desarrollo Municipal als Projektausführender und der Kreditanstalt für Wiederaufbau geschlossen werden. Diese Verträge unterliegen den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Paraguay stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Paraguay erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Paraguay überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Paraguay innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Asunción am 19. März 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
J. Engels
Botschafter

Für die Regierung der Republik Paraguay
Alberto Nogués
Minister für Auswärtige Beziehungen

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls von 1979
zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen**

Vom 2. März 1982

Das Genfer Protokoll von 1979 zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (BGBl. 1980 II S. 854) ist nach seinem Absatz 5 für

Kanada	am	1. September 1981
Spanien	am	19. Juni 1981

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Februar 1981 (BGBl. II S. 92), die dahingehend berichtigt wird, daß das Protokoll für

Jugoslawien	am	2. Juni 1981
-------------	----	--------------

in Kraft getreten ist, und an die Bekanntmachung vom 3. August 1981 (BGBl. II S. 619).

Bonn, den 2. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten
freilebender Tiere und Pflanzen**

Vom 3. März 1982

Das Übereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (BGBl. 1975 II S. 773) ist nach seinem Artikel XXII Abs. 2 in Kraft getreten für

Guinea	am	20. Dezember 1981
Kolumbien	am	29. November 1981
Philippinen	am	16. November 1981.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. Dezember 1981 (BGBl. II S. 1096).

Bonn, den 3. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über Benutzergebühren nach dem Internationalen Übereinkommen
über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“**

Vom 4. März 1982

Durch Beschluß der Agentur für die Luftverkehrs-Sicherheitsdienste der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL) vom 17. Dezember 1981 sind die Tarife und Anwendungsbedingungen für Benutzergebühren (FS-Streckengebühren) geändert worden. Der Beschluß mit Anlage zu den Tarifen und Anwendungsbedingungen für FS-Streckengebühren wird hiermit nach

Artikel 2 des Gesetzes zu dem Internationalen Übereinkommen vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 14. Dezember 1962 (BGBl. II S. 2273) mit Bezug auf den oberen Luftraum

und

§ 2 der Verordnung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Diensten und Einrichtungen der Flugsicherung vom 27. Oktober 1971 (BGBl. II S. 1153), geändert durch Verordnung vom 17. Dezember 1974 (BGBl. II S. 1585), mit Bezug auf den unteren Luftraum

bekanntgemacht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. August 1981 (BGBl. II S. 669).

Bonn, den 4. März 1982

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Heinz Ruhnau

Beschluß zur Änderung der Tarife und Anwendungsbedingungen für FS-Streckengebühren

Der Geschäftsführende Ausschuß der Agentur für Luftverkehrs-Sicherungsdienste,

gestützt auf das am 13. Dezember 1960 in Brüssel unterzeichnete Internationale Übereinkommen über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ und insbesondere dessen Artikel 6 Absatz 2 e), sowie Artikel 14 und 20;

gestützt auf den am 22. April 1971 gefaßten Beschluß zur Festlegung der Tarife und Anwendungsbedingungen für die den Benutzern auferlegten FS-Streckengebühren, zu deren Erhebung die Organisation berechtigt ist;

gestützt auf die Tarife und Anwendungsbedingungen für FS-Streckengebühren, wie sie durch Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses vom 26. Februar 1975 festgelegt wurden und in dessen Anhang aufgeführt sind;

gestützt auf die auf der 59. Sitzung der Ständigen Kommission am 19. November 1981 erteilte Richtlinie Nr. 36, die insbesondere bestimmt, daß die ab 1. April 1982 anzuwendenden Gebührensätze auf der Grundlage der geschätzten Gesamtkosten der Streckennavigationseinrichtungen und -dienste für 1982 festgesetzt werden, wobei für die nationalen Gebührensätze ein Abschlag von 5 % vorgenommen wird;

gestützt auf die Beschlüsse des Geschäftsführenden Ausschusses vom 6. Oktober 1976, 21. Januar 1977, 17. November 1977, 6. Oktober 1978, 5. November 1979, 20. November 1980 und 10. Juni 1981, durch die die vom Geschäftsführenden Ausschuß durch Beschluß vom 26. Februar 1975 festgesetzten Tarife und Anwendungsbedingungen zuletzt ab 1. Oktober 1981 geändert wurden;

faßt folgenden Beschluß:

Artikel 1

Die Bestimmungen von Artikel 10 der durch Beschluß vom 26. Februar 1975 festgesetzten und durch die Beschlüsse vom 6. Oktober 1976, 21. Januar 1977, 17. November 1977, 6. Oktober 1978, 5. November 1979, 20. November 1980 und 10. Juni 1981 geänderten Tarife und Anwendungsbedingungen für FS-Streckengebühren werden wie folgt geändert:

Die Gebührensätze werden für die einzelnen Staaten durch folgende ersetzt:

Bundesrepublik Deutschland	61,7320 \$
Königreich Belgien	50,1666 \$
Französische Republik	34,7361 \$
Vereinigtes Königreich	
Großbritannien und Nordirland	73,5124 \$
Großherzogtum Luxemburg	50,1666 \$
Königreich der Niederlande	43,1606 \$
Irland	29,8397 \$

Artikel 2

Die Gebühren für Flüge, die in der Anlage der vorgenannten Tarife und Anwendungsbedingungen für FS-Streckengebühren aufgeführt sind – d. h. die Gebühren für die in deren Artikel 12 genannten Flüge –, werden durch die in der Anlage zu vorliegendem Beschluß aufgeführten Gebühren ersetzt.

Artikel 3

Dieser Beschluß tritt vorbehaltlich seiner einstimmigen Genehmigung *) durch die Ständige Kommission zur Sicherung der Luftfahrt am 1. April 1982 in Kraft.

*) Die Ständige Kommission hat den Beschluß am 5. Februar 1982 einstimmig genehmigt.

Anlage
zu den Tarifen und Anwendungsbedingungen
für FS-Gebühren

**Gebühren für Flüge gemäß Artikel 12 der Tarife und Anwendungsbedingungen
für Luftfahrzeuge mit dem Gewichsfaktor eins (50 metrische Tonnen)**
Verfahren der Kostenvorausschätzung

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage:	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	Betrag der Gebühr in US \$
1	2	3
ZONE I		
– zwischen 14° WL und 110° WL und nördlich von 55° NB ausgenommen Island	Frankfurt	1 082,07
	København	277,14
	Prestwick	377,12
ZONE II		
– zwischen 30° WL und 110° WL und zwischen 28° und 55° NB	Amsterdam	697,32
	Athinai	685,76
	Belfast	192,02
	Beograd	994,30
	Bergen-Flesland	397,70
	Berlin-Schönefeld	644,07
	Bordeaux	385,69
	Bruxelles	689,12
	Casablanca	103,22
	Dhahran	902,01
	Dublin	141,61
	Düsseldorf	764,16
	Frankfurt	861,30
	Genève	591,18
	Glasgow	268,76
	Göteborg	579,46
	Hamburg	844,04
	København	657,30
	Köln-Bonn	804,80
	Lagos	290,08
	Lahr	680,03
	Las Palmas de Gran Canaria	175,58
	Lisboa	154,09
	Ljublijana	989,93
	London	473,55
	Luxemburg	705,80
	Madrid	300,36
Malaga	307,46	
Manchester	370,57	
Milano	635,00	
Moskva	596,23	
München	882,08	
Newcastle	390,49	
Oslo	532,65	
Paris	506,35	
Praha	1 053,54	
Prestwick	268,76	
Ramstein	832,65	
Roma	661,48	
Santiago	132,80	

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage:	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	Betrag der Gebühr in US \$
1	2	3
ZONE II (Forts.)	Shannon	112,50
	Tel-Aviv	894,63
	Tenerife	112,83
	Warszawa	645,57
	Wien/Schwechat	1 072,78
	Zagreb	994,30
	Zürich	687,63
ZONE III – westlich von 110° WL und zwischen 28° NB und 55° NB	Amsterdam	812,31
	Düsseldorf	884,04
	Frankfurt	993,45
	København	476,36
	London	665,06
	Manchester	524,25
	Paris	751,21
	Prestwick	328,60
	Shannon	108,02
	ZONE IV – westlich von 30° WL und zwischen Äquator und 28° NB	Amsterdam
Bordeaux		260,54
Bruxelles		408,70
Düsseldorf		687,22
Frankfurt		689,42
Las Palmas de Gran Canaria		313,11
Lisboa		165,10
London		431,74
Lyon		369,01
Madrid		323,93
Manchester		331,61
Milano		539,64
Paris		336,64
Porto Santo (Madeira)		49,08
Prestwick		275,17
Rabat		103,52
Roma		634,43
Shannon	120,25	
Tenerife	278,40	
Zürich	477,51	

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Fernmeldevertrages
Vom 4. März 1982**

Der Internationale Fernmeldevertrag vom 25. Oktober 1973 (BGBl. 1976 II S. 1089) ist einschließlich seiner Anlagen nach seinem Artikel 45 Nr. 3 zusammen mit dem Schlußprotokoll und den Zusatzprotokollen I bis VI für

Belize am 16. Dezember 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Januar 1982 (BGBl. II S. 77).

Bonn, den 4. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Auszüge
aus Personenstandsbüchern
Vom 4. März 1982**

Das Übereinkommen vom 27. September 1956 über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Auszüge aus Personenstandsbüchern (BGBl. 1961 II S. 1055) ist nach seinem Artikel 11 für

Portugal am 27. Februar 1982
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. September 1975 (BGBl. II S. 1414).

Bonn, den 4. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Protokolle
zur sechsten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971
und zur ersten Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1980
Vom 8. März 1982**

1. Das Protokoll zur sechsten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 (BGBl. 1973 II S. 177) ist nach seinem Artikel 9 Abs. 1 in Kraft getreten für:

Belgien	am 22. Dezember 1981
Bolivien	am 23. Dezember 1981
Irland	am 30. Dezember 1981
Israel	am 18. November 1981
Österreich	am 29. Dezember 1981
Portugal	am 16. November 1981
Spanien	am 7. Dezember 1981
Vereinigtes Königreich	am 31. Dezember 1981
Vereinigte Staaten	am 12. Januar 1982.

2. Das Protokoll zur ersten Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1980 (BGBl. 1981 II S. 516) ist nach seinem Artikel IX Abs. 1 in Kraft getreten für:

Irland	am 30. Dezember 1981
Österreich	am 29. Dezember 1981
Vereinigtes Königreich	am 31. Dezember 1981
Vereinigte Staaten	am 12. Januar 1982.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Dezember 1981 (BGBl. 1982 II S. 33).

Bonn, den 8. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung der
Interamerikanischen Entwicklungsbank
Vom 8. März 1982**

Das Übereinkommen vom 8. April 1959 zur Errichtung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BGBl. 1976 II S. 37) ist nach seinem Artikel XV Abschnitt 2 Buchstabe b, die Allgemeine Vorschriften über die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank sind nach ihrem Abschnitt 10 für

Surinam am 12. Dezember 1980
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Oktober 1980 (BGBl. II S.1402).

Bonn, den 8. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
Vom 9. März 1982**

Das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1969 II S. 1293) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Japan am 1. Januar 1982
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. Januar 1982 (BGBl. II S. 82).

Bonn, den 9. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen
Vom 9. März 1982**

Das Internationale Übereinkommen vom 29. November 1969 über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen (BGBl. 1975 II S. 137) ist nach seinem Artikel XI Abs. 2 für

Bangladesch am 4. Februar 1982
in Kraft getreten; es wird für

Gabun am 21. April 1982
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Juli 1981 (BGBl. II S. 564).

Bonn, den 9. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife
Vom 10. März 1982**

Das Abkommen vom 15. Dezember 1950 über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife in der Fassung des Berichtigungsprotokolls vom 1. Juli 1955 (BGBl. 1952 II S. 1 1960 II S. 470), geändert durch Empfehlung des Rates vom 16. Juni 1960 (BGBl. 1964 II S. 1234), ist mit seiner Anlage, dem Zolltarifschema, zuletzt geändert durch Empfehlung des Rates vom 18. Juni 1976 (BGBl. 1978 II S. 1331), nach Artikel XIII und XVI des Abkommens und Artikel 5 Buchstabe C des Berichtigungsprotokolls für

Libanon	am	10. März 1982
Mauritius	am	6. Oktober 1981

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Juli 1981 (BGBl. II S. 525).

Bonn, den 10. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die zivilrechtliche Haftung
bei der Beförderung von Kernmaterial auf See
Vom 10. März 1982**

Das Übereinkommen vom 17. Dezember 1971 über die zivilrechtliche Haftung bei der Beförderung von Kernmaterial auf See (BGBl. 1975 II S. 957, 1026) wird nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Gabun	am 21. April 1982
-------	-------------------

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Juli 1981 (BGBl. II S. 529).

Bonn, den 10. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz - Verlag, Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Druck, Bundesdruckerei Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) volkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,- DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,- DM (2,40 DM zuzüglich 0,60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,50 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten, der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

Bundesgesetzblatt-Einbanddecken 1981

Auslieferung ab Februar 1982

Teil I: 14,80 DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

Teil II: 14,80 DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

6,5% MwSt. sind enthalten

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift, wie in den vergangenen Jahren

Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509

oder gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung.

Die Titelblätter mit den Hinweisen für das Einbinden, die Zeitlichen Übersichten und die Sachverzeichnisse für den Jahrgang 1981 des Bundesgesetzblattes Teil I und Teil II wurden den Ausgaben des Bundesgesetzblattes 1982 Teil I der Nr. 3 und für Teil II der Nr. 4 im Rahmen des Abonnements beigelegt.

Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H.

Vertriebsabteilung Bundesgesetzblatt · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1